

Die Lohnbewegung im Staatsamt für Heerwesen.

Die Vertragsangestellten, Berufsunteroffiziere und Gagisten des Staatsamtes für Heerwesen hielten gestern in der Volkshalle des Rathhauses eine Massenversammlung ab, um von dem Aktionscomité das Ergebnis der mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen entgegenzunehmen. Genosse **Bara** berichtete ausführlich über den Verlauf des Lohnkampfes. Bis zum 15. Juni waren die Vertragsangestellten militärische Bedienstete; erst am 15. Juni konnte ein Dienstvertrag abgeschlossen werden. Am 23. Juni wurde dem Staatssekretär Dr. Deutsch ein befristetes Memorandum überreicht. Dr. Deutsch versprach, dafür einzutreten, damit von Deutschösterreich das gleiche bewilligt werde, was den liquidierenden Stellen durch die Liquidierungskommission gewährt wurde. Anfangs schien der Kampf einen erfolgreichen Verlauf zu nehmen; beim Staatsamt für Finanzen geriet jedoch die Sache ins Stocken. Da sich die Staatsämter für Finanzen und Heerwesen infolge der auftauchenden Schwierigkeiten außerstande erklärten, die gestellten Forderungen zu erfüllen, mußte die Angelegenheit im Kabinettsrat behandelt werden. Dieser stellte die Vertragsangestellten mit den Zivilstaatsbediensteten auf gleiche Stufe. Die Delegiertenkonferenz gab sich damit nicht zufrieden und beschloß, mit der Regierung weiter zu verhandeln. Das Aktionscomité erzielte als Ergebnis folgendes: Die männlichen Vertragsangestellten erhalten einen einmaligen Anschaffungsbeitrag von 500 Kronen, eine monatliche Zulage von 120 Kronen und eine monatliche Familienzulage in der Höhe von 20 Kronen; diese aber in Naturalien, wie Leder, Stoffe zc. Weiter werden ihnen die geforderte zweimonatige Abfertigung und die einmonatige Kündigung zugestanden. Die weiblichen Hilfspersonen bekommen die 500 Kronen nicht, doch soll für sie ein bestimmter Fonds errichtet werden, aus dem bedürftige weibliche Hilfspersonen entsprechende Unterstützungen erhalten. Dagegen werden auch den weiblichen Hilfspersonen die zweimonatige Abfertigung und die einmonatige Kündigung sowie eine kleine Zulage bewilligt, die den Dienstkategorien entsprechend verschieden ist. Außerdem wurde der mit dem Memorandum eingereichte Dienstvertrag der weiblichen Hilfskräfte mit einigen Abänderungen angenommen. Wegen der Forderung auf Anerkennung der Betriebsarbeiterräte wurde vom Staatsamt für Heerwesen auf das Gesetz über die Betriebsräte verwiesen. Der Redner machte auf die schlechte finanzielle Lage des Staates aufmerksam, riet zur Einsicht und verlangte, den Beschluß der am 25. d. tagenden Delegiertenkonferenz, die sich aus Vertretern aus ganz Deutschösterreich zusammensetzen wird, abzuwarten, um nicht durch eine unbedachte passive Resistenz die Los von Wien-Bewegung zu verschärfen. — Präsident **Schräfel** des Verbandes der Berufsunteroffiziere wies als zweiter Redner einen Zwischenrufer (Was ist's mit den Sozi in der Regierung!), entsprechend zurück und erklärte, daß jahrzehntelange Sünden des früheren Systems nicht auf einmal gutgemacht werden können. Hauptmann **Mayer** sprach in ähnlichem Sinne im Namen der Gagisten. Genossin **Weiß** berichtete über die Bezüge der weiblichen Hilfspersonen, die monatlich 375 Kronen betragen, bei Verheirateten mit Kindern 416 bis 584 Kronen, und verlas eine Resolution, in der verlangt wird, daß die Vertragsangestellten des Staatsamtes für Heerwesen und der diesem Amte unterstehenden Stellen die passive Resistenz aufheben und den Beschluß der Delegiertenkonferenz abwarten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.